

Absurdität von Staatswegen

1. Ich komme gerade aus der Sondersitzung des Innenausschusses. Sie läuft noch, deshalb nur so viel. Es begann mit einem Vortrag von Bundesinnenminister Friedrich (CSU). Darin gab es kein Wort zu den bisherigen Ermittlungen, kein Wort zum politischen Umfeld, kein Wort zu eventuellen Versäumnissen.

Stattdessen offerierte er einen Katalog, wie verschiedene Sicherheitsbehörden um- und aufgerüstet werden sollen. Ich halte das für verantwortungslos und antiaufklärerisch.

2. alle zehn Jahre erlebe ich eine kurze Phase politischer Empörung:

- a) 1992, als Asyl-Heime brannten;
- b) 2000 nach dem Düsseldorfer Anschlag auf jüdische Einwanderer;
- c) und nun, nachdem zehn Morde durch Nazis publik wurden.

In den Jahren dazwischen wurde immer so getan, als gäbe es kein Problem mit rechtsextremer Gewalt und Gesinnung. Dabei wurden seit 1990 – je nach Zählweise – 157 bzw. 182 Menschen aus politischem Hass durch Nazis umgebracht. Bis jetzt verharrt die Bundesregierung auf ihren Zahlen, also bei 40 Toten.

Kurz und schlecht:

Die offizielle Analyse ist falsch. Es wird falsch agiert. Und obendrein gibt es kein strategisches Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

3. Die ganze Absurdität von Staatswegen wird an drei Beispielen deutlich:

- a) Die Familienministerin sucht krampfhaft nach Linksextremisten, während Nazis quer durch die Bundesrepublik morden und rauben.
- b) Der Verfassungsschutz soll aufklären, finanziert aber über angeheuerte V-Leute gewaltbereite Nazi-Horden.
- c) Sächsische Behörden jagen Länder überschreitend Antifaschisten, die sich gegen einen europäischen Nazi-Aufmarsch in Dresden stellten.

4. Ich wiederhole daher drei Vorschläge der LINKEN:

Erstens: Wir brauchen eine unabhängige Beobachtungsstelle gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.
Denn ohne klaren Befund kann es keine Lösung geben.

Zweitens: DIE LINKE wirbt für eine Beauftragte des Bundestages für Bürgerrechte, Demokratie und Toleranz.
Denn ohne Koordinierung aller Ressorts und Ressourcen geht es nicht.

Drittens: Auch die Bundesmittel für zivilgesellschaftliche Programme gegen Rechtsextremismus sind bei dieser Beauftragten anzusiedeln.
Denn ohne verlässliche Förderung trägt keine Strategie.

* * *